



Georg Zinner

## Nachbarschaftshäuser in ihrem Stadtteil

Schriften, Aufsätze, Reden, Interviews  
zu Sozialpolitik und Gesellschaft

2., erweiterte Auflage (Digitaledition)

- Teilausgabe:
- [ 1 ] Sozial-kulturelle Arbeit
  - [ 2 ] Leben im Alter
  - [ 3 ] Organisation, Staat und freie Wohlfahrt
  - [ 4 ] Bürgerschaftliches Engagement
  - [ 5 ] Jugendarbeit und Jugendhilfe
  - [ 6 ] **Inklusion**
  - [ 7 ] Wer war Georg Zinner?

**Dieses Kapitel ist eine Teilausgabe der folgenden Publikation:**

Georg Zinner, Nachbarschaftshäuser in ihrem Stadtteil: Schriften, Aufsätze, Reden, Interviews zu Sozialpolitik und Gesellschaft / Hrsg.: Nachbarschaftsheim Schöneberg e. V.; Verband für sozial-kulturelle Arbeit e. V.; Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin e. V. – Berlin: 2. erw. Aufl. (Digitaledition), Januar 2017

Alle Rechte vorbehalten  
Printed in Germany

Redaktion: Eva Bittner, Gökçen Demirağlı, Jürgen Kipp, Birgit Monteiro, Markus Runge, Herbert Scherer, Stefan Schütz, Rosa Strobl-Zinner, Bianca Thiede, Stephan F. Wagner  
Lektorat: Stefan M. Schult de Morais  
Titelfoto: Die Hoffotografen

Visuelle Konzeption, Produktion: diálogo®, Berlin  
[www.dialogo.de](http://www.dialogo.de)



*Die hier veröffentlichten Schriften sowie weitere  
Texte Georg Ziners stehen auch online zum Lesen  
bereit: [www.nbhs.de/georg-zinner/](http://www.nbhs.de/georg-zinner/)*

KAPITEL 6  
*Inklusion*

|   |     |
|---|-----|
| <i>Einführung von Markus Runge</i> .....  | 369 |
| <b>2007</b> Leben im Stadtteil – Sozialraumressourcen auch für<br>Menschen mit geistiger Behinderung? ..... | 371 |
| <b>2009</b> Inklusion – eine Herausforderung .....  | 377 |
| <b>2012</b> Nachbarschaften stärken .....   | 381 |



# *Inklusion*

*von Markus Runge*

Am 13. Dezember 2006 verabschiedete die UN-Generalversammlung das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Wenige Monate später, im April 2007, ist Georg Zinner zur Fachtagung der Lebenshilfe Berlin mit dem Thema „Leben im Quartier – Inklusion konkret“ eingeladen. In seinem Statement findet sich noch nicht der Begriff der Inklusion, aber in seinen Darlegungen wird schnell deutlich, wie notwendig ihm diese neuen Entwicklungen und Forderungen erscheinen. Schon in seiner Kindheit und Jugend war für ihn die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am dörflichen Leben erlebbar geworden. Einer ersten Integrationsbewegung, die für Deutschland in Berlin-Friedenau mit dem Kinderhaus Friedenau und der Fläming-Grundschule einen wichtigen Ausgangspunkt hatte, muss – so ist seine Forderung – eine zweite Integrationsbewegung folgen. „Es kommt darauf an, die Alltagsinstitutionen wieder tauglich für die Integration auch geistig behinderter Menschen zu machen. Nicht nur die Kindertagesstätte, nicht nur die Schule, auch die Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung, auch den Nachbarschaftstreff und auch die Firmen im Stadtteil ... Entscheidend ist die Integration in den Alltag, in das normale Leben, und nicht die Ausgrenzung in eine schöne, aber doch auch künstliche Behindertenwelt.“ Mit dieser Forderung liefert er auch gleich konkrete Vorschläge mit, wie dezentralisierte und ganz neue Wohnformen, persönliche Budgets und die Einbindung von Ehrenamtlichen. Und visionär, wie Georg Zinner einfach war, hebt er die Bereicherung der ganzen Gesellschaft, die damit einhergehen würde, hervor. Er sieht die Zeit reif dafür, „die Verantwortung auch für geistig behinderte Menschen in die Nachbarschaft zurückzugeben und diese Verantwortungsbereitschaft mehr zu fördern als die ‚Sonderinstitutionen‘“.

2009, auf der Fachtagung der Katholischen Hochschule für Sozialwesen mit dem Thema „Kundenstudie – Unterstütztes Wohnen in Berlin“, also gerade mal ein halbes Jahr nach Unterzeichnung der UN-Behinderten-

rechtskonvention durch Deutschland, sympathisiert Georg Zinner dann ganz offen mit dem Begriff der Inklusion. Und er stellt die Nachbarschaftsheimen und Stadtteilzentren als zentrale Orte der Förderung von Inklusion dar, „als Orte, die niemanden ausgrenzen und alle einladen zum Mitmachen und Mitgestalten“. Und – auch das ist typisch für ihn – er will gemessen werden an diesem Anspruch, ein Haus für alle im Stadtteil zu sein, und geht mit eindrucksvollem Engagement voran und in die Umsetzung. Dazu finden sich zahlreiche praktische Beispiele wie Arbeits- und Ausbildungsplätze für Menschen mit geistigen Behinderungen im Nachbarschaftsheim Schöneberg. Aber er fordert diesen Aufbruch ebenso von allen anderen Nachbarschaftsheimen und Stadtteilzentren: „Nun müssen sie auch beim Thema Inklusion stärker herausgefordert werden und selbst aktiv werden. Sie bringen dafür beste Voraussetzungen mit ...“

Georg Ziners Beitrag auf der Fachtagung 2012 in Kooperation zwischen VskA und „die reha e. V.“ trägt den Titel „Nachbarschaften stärken“. Hier nimmt er noch mal den Faden seiner beiden ersten Beiträge zu Inklusion auf. In den Nachbarschaften sieht er das zentrale Potential, Kreativität und Verantwortung zu mobilisieren. Jedoch passiert das nicht zwingend von selbst, sondern es braucht nachbarschaftliche Unterstützungs- und Organisationsformen wie die Nachbarschaftsheimen und Stadtteilzentren und andere mehr, die dieses Potential befördern. Und damit wendet er sich zentral an Politik und Verwaltung und fordert für diese Institutionen, die sich bürgerschaftlichem Engagement gegenüber offen zeigen, die Bündnisse für soziale Nachbarschaften fördern und die Stärkung von Nachbarschaften bürgerorientiert begleiten, mehr Handlungs- und Gestaltungsspielräume: „Das wertvollste Gut ist ihre Freiheit, für und mit den Bürgern Inhalte und Programme zu entwickeln und zu gestalten. Und die fördernde Politik und eine hoffentlich dienende Verwaltung müssen wissen, dass diese Freiheit die Voraussetzung für Erfolg und Attraktivität ist.“

*Markus Runge ist stellvertretender Geschäftsführer des Nachbarschaftshauses Urbanstraße e. V.*

# *Leben im Stadtteil – Sozialraumressourcen auch für Menschen mit geistiger Behinderung? (2007)*

*Impuls von Georg Zinner auf dem Fachtag impulse 2007 „Leben im Quartier – Inklusion konkret“ der Lebenshilfe Berlin, 16.4.2007*

## *Die aktuelle Situation*

Sozialraum ist ein technischer Begriff für etwas Gewachsenes, Strukturiertes, von verschiedenen Seiten mit unterschiedlichen Begriffen Definiertes: ein Hilfs- oder Arbeitsbegriff für Planungs-, Jugend- und Sozialbehörden oder eine Nachbarschaft, ein Kiez, ein Quartier, ein Ort für diejenigen, die darin leben.

Die Sozialraum„ressourcen“ sind die Bürger dieser unterschiedlich definierten Gemeinschaft, ihre Fähigkeiten, ihre individuellen und gemeinschaftlichen Ziele und ihre Institutionen, ob Geschäfte, Arbeitsorte, Kindertagesstätten, Jugendfreizeiteinrichtungen oder Schulen, ob Ärzte, Pflegedienste, Heime oder Kirchengemeinden, Sportvereine oder Stadtteilzentren.

In dieser Gesellschaft haben sich – unterstützt auch durch die Fachleute und gefördert vom Einzelnen und durchaus im Sinne eines gemeinschaftlichen Willens – die vorhandenen und über Jahrzehnte aufgebauten Ressourcen spezialisiert. So auch in der sozialen Arbeit: Spezialdienste für alles gibt es in der behördlichen, freien und privaten Sozialarbeit, den Gesundheitsdiensten, im Bildungswesen und natürlich auch in der Selbsthilfe. Mit Sinn, weil Spezialwissen zu besserer Hilfe, Therapie und Versorgung führen kann. Mit neuen Problemen, weil die spezialisierten Institutionen eine Tendenz der Ausgrenzung und Ghettoisierung in sich bergen, mitunter eher eine Neigung zur Abgrenzung statt zur Zusammenarbeit pflegen, und die Zusammenarbeit, so sie gewünscht wird, einen enormen Koordinierungsaufwand mit sich bringt.

## *Vergangenes*

In der dörflichen Vergangenheit meines Lebens waren geistig und körperlich Behinderte Teil meines täglichen Lebens (ohne dass mir das als etwas Besonderes bewusst war). Sie arbeiteten als Hilfskräfte in den örtlichen Betrieben und waren (und fühlten sich oft auch so) wichtige Personen, weil ein saubergehaltener Firmenhof eben eine allgemein geschätzte Leistung war. Sie waren gering entlohnt, aber Mitglied der Arbeitswelt. Im alltäglichen Spiel waren die körperlich und geistig behinderten Kinder beteiligt. Sie waren immer dabei und nie wurde das in Frage gestellt. Sie waren auch in der Schule, der ganz normalen Dorfschule – wenngleich ich sehe, dass unsere Lehrer damals nichts über spezielle Förderungen wussten, jedoch darauf achteten, dass andere Kinder sich mit ihnen beschäftigten und sie nach ihren Möglichkeiten beteiligt wurden.

Heute gibt es das selbstverständlich auch auf dem Land nicht mehr. Wie im Stadtleben werden die Kinder in Sonderschulen transportiert und in Werkstätten für Behinderte beschäftigt. Der dörfliche Betrieb stellt keinen geistig behinderten Mitarbeiter mehr ein, kommt bestimmt auch gar nicht mehr auf die Idee, einen geistig Behinderten, aber körperlich fitten Mitarbeiter vielleicht für Boten-, Kopier- oder Reinigungsdienste zu beschäftigen. Stattdessen gibt es die beschützenden Werkstätten und viele, viele Transporte über lange Strecken, und manche verantwortungsvollen und sorgenvollen Eltern haben für ihre Kinder in der Vergangenheit als Ersatz auch ländliche – von mir hoch geschätzte – Idyllen geschaffen, beispielsweise „terra est vita“ in Belau, wo gemeinschaftliches Leben und Arbeiten auf dem Bauernhof möglich ist.

Die Verlagerung in die Institutionen – in Stadt und Land – ist perfekt. Die Sozialrauminstitutionen für diesen Personenkreis existieren und funktionieren. Sie haben hohe Förderbeträge für Investitionen bekommen und erhalten viel Geld, um ihren täglichen Aufgaben gerecht zu werden. Trotzdem ist niemand so ganz glücklich mit dieser doch auch anzuerkennenden und großartigen Leistung, für die die Gesellschaft auch bereit ist, viel Geld aufzubringen und auszugeben.



## *Die erste Integrationsbewegung*

Die Integrationsbewegung hat in Deutschland in Berlin-Friedenau (Kinderhaus Friedenau, Fläming-Grundschule) ihren vielleicht wichtigsten Ausgangspunkt. Kinder sollten in normalen Kindertagesstätten, in normalen Schulen gefördert werden. Das dafür benötigte Personal soll diesen Institutionen zugeordnet werden. Waren in den ersten Jahrzehnten diese Institutionen noch spezialisiert, so sind später immer mehr Kindertagesstätten und Schulen dazu übergegangen, die Integration ohne jegliche Sonderform zum Bestandteil ihrer Arbeit zu machen und die Förderkompetenz durch zusätzliches Personal und durch Hinzunahme externer Fachkräfte zu erhöhen und so auch die bestmögliche individuelle Förderung sicherzustellen.

Das Kinderhaus Friedenau hat auch ein integratives Kinder- und Jugendfreizeitheim in Betrieb genommen, notwendigerweise, weil sich die sonstigen Freizeiteinrichtungen nicht genug mühen, diese Aufgabe als Alltagsauftrag zu verstehen. Und so fängt es an, im Jugendalter für die Behinderten, gerade auch für die geistig behinderten Menschen, wieder schwierig zu werden. Sie werden in Werkstätten beschäftigt, sie nehmen am Alltag im Stadtteil nicht teil, sie kommen nicht zu den Veranstaltungen – vielleicht noch zum Stadtteilfest – in das Nachbarschaftsheim.

## *Erforderlich: eine zweite Integrationsbewegung*

Es kommt darauf an, die Alltagsinstitutionen wieder tauglich für die Integration auch geistig behinderter Menschen zu machen – nicht nur die Kindertagesstätte, nicht nur die Schule, auch die Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung, auch den Nachbarschaftstreff und auch die Firmen im Stadtteil. Wir beschäftigen im Nachbarschaftsheim Mitarbeiter/innen mit Behinderung, darunter auch mit geistiger Behinderung, eine davon seit zehn Jahren in der Küche einer Kindertagesstätte, zur allseitigen Zufriedenheit – bei geringerem Leistungsvermögen und mit geringerem Lohn. Das könnte noch ausgebaut und ausgeweitet werden, wenn es als Aufgabe in das Bewusstsein derjenigen rückt, die einstellen und beschäftigen, und wenn die Institutionen, die geistig Behinderte beschäftigen, mit Fantasie und Kreativität darauf hinwirken, dass die

Sonderinstitutionen für Arbeitsintegration und Beschäftigung abgebaut werden zugunsten des Arbeitsverhältnisses und der Beschäftigung im normalen Betrieb. Die Unterstützung, Beratung und Begleitung der beschäftigenden Betriebe ist dann genauso wichtig wie das zusätzliche Förderpersonal in Schulen und Kitas mit Integrationskitas.

Auch die Wohnformen benötigen eine Dezentralisierung. So offensiv, wie speziell in Berlin in den letzten Jahren Wohngemeinschaften für zu pflegende Demenzkranke aufgebaut und in den Kiez integriert wurden (auch diese Form ist erst am Beginn der notwendigen Entwicklung, und sie ist der Konkurrenz von kapitalintensiven und renditeträchtigen Immobilienanlegern ausgesetzt, die immer neue Pflegeheime errichten und die an kleinteiligen Lösungen nicht interessiert sind), so offensiv könnten auch neue Wohnformen für geistig behinderte Menschen entstehen und sich gemeinschaftlich die erforderliche Betreuung einkaufen.

Das ließe sich sofort verwirklichen. Und die Budgetierung, das heißt die Übereignung der Finanzmittel in die Hand der Leistungsempfänger, ist dafür auch sehr hilfreich. Übrigens, die Nachbarn freunden sich mit solchen Wohngemeinschaften nach aller Erfahrung sehr schnell an. Und das Hoffest der Demenzkranken wird auf diese Weise schnell zum Hoffest der Mieter und begünstigt damit die Hausgemeinschaft – warum sollte es bei geistig Behinderten anders sein?

Natürlich können auch Ehrenamtliche dafür gewonnen werden, den Alltag im „Sozialraum“ für geistig Behinderte mitzugestalten, wenn diese ihrerseits ihre Unterstützungsstrukturen erhalten, wie sie heute schon bei den ehrenamtlichen Betreuern und den Betreuungsvereinen existieren oder wie sie auch für die Besuchsdienste Demenzkranker aufgebaut wurden, auch zur Entlastung Angehöriger – eine für die Angehörigen geistig Behinderter nicht minder wichtige Aufgabe.

Kostenintensiver als heutige Versorgungsformen sind diese kiezorientierten, kleinteiligen, die Verantwortung der Nachbarschaft herausfordernden Integrationsinitiativen gewiss nicht. Eher ist das Gegenteil zu erwarten, denn Investitionskosten bisheriger Größenordnungen fallen beispielsweise schon weg.

Entscheidend ist die Integration in den Alltag, in das normale Leben, und nicht die Ausgrenzung in eine schöne, aber doch auch künstliche Behindertenwelt. Wieviele Sorgen könnten Eltern geistig behinderter Kinder abgenommen werden, wenn sie wüssten, dass ihre Kinder ein Leben lang in eine soziale Gemeinschaft der Nachbarschaft, des Kiezes eingebunden wären.

Wieviel Bereicherung der Gesellschaft könnte stattfinden, wenn die Kinder unserer Kindertagesstätten, die ganz selbstverständlich mit Behinderten aufwachsen, dies über die Schulzeit und Kindheit hinaus in das normale Leben retten könnten – so als wäre das das Selbstverständlichste der Welt. Ist es nicht das Selbstverständlichste der Welt? Ich glaube schon.

Wir selbst, die sogenannten Fachleute, haben gut gemeint, aber nicht gut diese Selbstverständlichkeiten beseitigt. Und in der neuen Welt der Mobilität und der flüchtigen Beziehungen kommt es darauf an, diese Selbstverständlichkeit neu zu organisieren. Unsere Sozialraum“ressourcen“ bieten alle Voraussetzungen dafür, es auch zu schaffen. So wie die Zeit für Mehrgenerationenhäuser, die ja vom bürgerschaftlichen und nachbarschaftlichen Engagement leben, reif war. So ist die Zeit dafür reif, die Verantwortung auch für geistig behinderte Menschen in die Nachbarschaft zurückzugeben und diese Verantwortungsbereitschaft mehr zu fördern als die „Sonderinstitutionen“.

## *Zusammenfassung*

- Der Begriff „Sozialraum“ ist ein technischer Begriff für etwas Gewachsenes. Die Nachbarschaft ist ein Ort für die Menschen, die dort leben. Sozialraumressourcen sind die Bürger, ihre Ziele und Institutionen.
- In der Sozialarbeit zeigt sich die Tendenz zur Spezialisierung von Diensten und Ressourcen. Dies führt zu passgerechten Hilfen, aber auch zu neuen Problemen wie Ausgrenzung oder Abgrenzung (statt Zusammenarbeit), die einen hohen Koordinierungsaufwand nach sich ziehen.

- Früher waren Menschen mit Behinderung selbstverständlich Teil des Alltags, sie waren immer dabei, ohne integriertes Konzept. Dann kam es zu einer Spezialisierung der Dienste und zu Sondereinrichtungen wie der Sonderschule oder der Werkstatt für Menschen mit Behinderung. Mittlerweile hat eine erste Integration stattgefunden (integrative Konzepte in Kita, Schule etc.), trotzdem sind Menschen mit Behinderung noch nicht im Alltag sichtbar. Eine zweite Integration ist erforderlich, die integrative Ansätze in Freizeiteinrichtungen, Nachbarschaftszentren, Betrieben etc. und eine Dezentralisierung der Wohnformen umfasst, damit Menschen mit Behinderung Teil des Alltags werden.
- Da komplexe stationäre Wohneinrichtungen oft lukrativer sind als ambulant unterstützte Wohnformen, ist eine Rückentwicklung – entgegen dem Grundsatz ambulant vor stationär – zu beobachten. Die Politik ist aufgefordert, hier Korrekturen vorzunehmen.
- Um eine Integration behinderter Menschen in den Alltag wieder selbstverständlich zu machen, ist die Verantwortung in die Nachbarschaftsgefüge zurückzugeben, diese sind zu fördern und nicht die Institutionen.

*Aus: impulse07 Tagungsbericht. Lebenshilfe Berlin, Juli 2007, S. 77–78*

# *Inklusion – eine Herausforderung (2009)*

*Statement auf der Fachtagung zur „Kundenstudie – Unterstütztes Wohnen in Berlin“, veranstaltet von der Katholischen Hochschule für Sozialwesen mit Unterstützung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes am 8. Oktober 2009 im Rathaus Schöneberg.*

*Im Projekt „Kundenstudie“ ging es darum, „auf der Basis von Analysen der gegenwärtigen Angebotsstrukturen und der Teilhabevorstellungen von Menschen mit Behinderungen sowie durch quartiersbezogene Praxisprojekte Impulse zur Weiterentwicklung der Strukturen der Behindertenhilfe zu geben“.*

Mit Integration beschäftigen wir uns seit vielen Jahren. Der umfassendere Begriff der Inklusion ist mir erst vor wenigen Jahren begegnet. Mit dem – wenn ich den Begriff richtig verstanden habe –, was damit verbunden wird, sympathisiere ich sehr. Wir sind als Nachbarschaftsheime schon immer für die Stärkung der Regeleinrichtungen in dem Sinne, dass sie alle anfallenden Aufgaben übernehmen können und nicht kapitulieren müssen (oder dürfen) vor außergewöhnlichen Herausforderungen. Mit anderen Worten, ein Freund von Sondereinrichtungen bin ich nie gewesen, und praktisch bin ich ihnen immer aus dem Weg gegangen und habe mit umso größerer Intensität daran gearbeitet, dass unsere eigenen Einrichtungen sich den Aufgaben stellen, die eine Nachbarschaft mit sich bringt. Nachbarschaftsheime verstehe ich schon immer als „Haus für alle“, als Orte, die niemanden ausgrenzen und alle einladen zum Mitmachen und Mitgestalten. Wir verstehen uns aber auch als Ort optimaler Förderung, Unterstützung und Begleitung, etwa

- von behinderten Kindern in unseren Kindertagesstätten und Ganztagsbetreuungen,
- bei der Schaffung von Arbeitsplätzen für körperlich und geistig Behinderte (unser Anliegen ist es, hier noch besser zu werden),
- mit den vielen Schularbeitshilfeangeboten in unseren Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen,

- bei der gesellschaftlichen Integration von Menschen verschiedener nationaler Herkunft,
- bei der Integration von Jugendlichen und Erwachsenen in den ersten Arbeitsmarkt,
- bei der gesetzlichen Betreuung von psychisch oder geistig beeinträchtigten Personen durch unsere Betreuungsvereine und deren haupt- und ehrenamtliche Betreuer,
- bei der Schaffung kleinteiliger Wohnformen für vor allem demenzkranke, pflegebedürftige Menschen im Wohnumfeld.

Da ich weiß, dass es vor allem um die Inklusion geistig behinderter Kinder, Jugendlicher und Erwachsener geht, versuche ich, über einige Erfahrungen aus unseren Einrichtungen zu berichten.

Schon immer sind unsere Kindertagesstätten und Horte (Ganztagsbetreuungen an Schulen) Orte für Kinder mit Behinderungen gewesen, problemlos und selbstverständlich seit Jahrzehnten.

Schon immer konnten wir diese Tradition in unseren Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen nicht fortführen. Zwar besuchten immer wieder – auch über längere Zeiträume – einzelne behinderte Kinder und Jugendliche diese Einrichtungen, nicht aber geistig Behinderte. Seit ein, zwei Jahren gibt es einen Versuch in der Kifrie-Musiketage mit einer integrativen – ich glaube – Trommelgruppe. Gerade vor Kurzem haben mir die Mitarbeiterinnen erzählt, dass die Gruppe der geistig Behinderten wieder unter sich ist. Immerhin, sie bleiben weiter im Haus, und zu meiner Freude konnte ich feststellen, dass sie auch an größeren Veranstaltungen teilnehmen, z. B. bei Präsentationen der Bands anwesend sind.

Wir haben mehrere Arbeitsplätze geschaffen für erwachsene geistig Behinderte und für einige Jugendliche auch so eine Art Ausbildungsplätze, entstanden aus Ideen der Betreuungsvereine und aus Nachfragen von Eltern, die uns kannten. So arbeiten einige in den Küchen bzw. der Hauswirtschaft von Kindertagesstätten mit. Eine ist im Büro für leichte Tätigkeiten eingesetzt. Ein anderer arbeitet in der Ganztagsbetreuung und ist eine Art Begleiter und Unterstützer der Erzieher/innen.

Wir wollen noch mehr Arbeitsplätze (und Praktikumsplätze, die es auch immer wieder gibt) schaffen und aus diesem Grund nach und nach auch ausgegliederte Tätigkeiten der Hauswirtschaft wieder in Eigenregie fortsetzen. Das ist hausintern mit den Mitarbeitern diskutiert und erklärtes Ziel.

Im Moment sind die Pläne etwas ins Stocken geraten, weil die mit der Umsetzung beauftragte Mitarbeiterin für Gebäudemanagement wegen der Konjunkturprogramme mit Baumaßnahmen überschüttet ist, und da darf eben nichts liegenbleiben, sonst sind die finanziellen Mittel weg. Aber gerade im Haushandwerk versprechen wir uns auch noch den einen oder anderen Arbeitsplatz. Es wird wohl nicht ganz einfach sein, die Mitarbeiter davon zu überzeugen, dass wir das genauso als Aufgabe ansehen, wie wir MAE-Mitarbeiter oder ÖBS-Mitarbeiter beschäftigen.

Dort, wo geistig Behinderte bei uns arbeiten, sind die Erfahrungen gut, und ich habe noch nie jemanden gehört, der verlangt hätte, dass sie den Arbeitsplatz wieder verlassen sollten.

Wie reagieren Nachbarschaftsheime auf die Anforderungen, die das Schlagwort Inklusion mit sich bringt? Wie jede andere Institution auch: abwartend und träge. Sie müssen herausgefordert werden. Von innen kann ich in unserem Haus diese Rolle immer wieder übernehmen und tue das auch gerne. Nur von außen aber kann die eigentliche Bewegung ausgehen, und von dort müssen wir an unserem „Haus für alle“ gemessen werden, wenn es nicht nur ein eingängiges Schlagwort bleiben soll.

Eine Erfahrung habe ich immer wieder machen können: So sehr die Angst vor Grenzen die Menschen hemmt, neue und unbekannte Wege zu gehen, so sehr freuen sie sich und steigen ihr Selbstbewusstsein und ihre Selbstsicherheit, wenn sie es dann geschafft haben.

Gelungene Beispiele haben wir immer wieder auch öffentlich dargestellt: im Newsletter des Nachbarschaftsheims Schöneberg e. V., auf unserer Internetseite, als Thema in unserem Programmheft. Wir brauchen gute Beispiele und müssen darüber reden und das scheinbar Unmögliche zum Selbstverständlichen werden lassen, so wie es in Berlin bei der In-

tegration körperlich auch Schwerstbehinderter in einem doch relativ kurzen Zeitraum gelungen ist.

Auf meinem Weg zur Arbeit ist mir lange Zeit ein geistig behinderter Jugendlicher auf dem Weg zum Bus begegnet – immer gut gelaunt – und zurückkommen habe ich ihn auch oft gesehen. Er wohnte in der Fregestraße, da wo sich das Nachbarschaftsheim befindet. Eines Tages war er nicht mehr zu sehen, und oft habe ich mich schon gefragt, was aus ihm geworden ist. Er hat mich immer wieder daran erinnert, wie es in meiner einklassigen Dorfschule war: vierzig Kinder in einem Raum, ein Lehrer – aber die schon fast jugendlichen geistig behinderten Schüler waren immer mit dabei und natürlich nach der Schule auch beim Dorfgeschehen. Nach der Schule haben sie in zwei kleinen Betrieben gearbeitet, einfache, aber wichtige Arbeiten verrichtet; Arbeiten, die gemacht werden müssen und auf die die anderen Mitarbeiter angewiesen waren. Diese „dörflichen“ Zustände möchte ich wieder hergestellt haben – gewiss erweitert um das Wissen, wie die Potentiale dieser Kinder und Jugendlichen heute besser gefördert und entwickelt werden können. Aber wir wissen, unersetzlich und konstitutiv ist die soziale Heimat, die Gemeinschaft. Jeder möchte sich in seiner Gemeinschaft angenommen und aufgehoben fühlen. Niemand möchte weggeschickt werden. Die Nachbarschaftszentren in Berlin haben das Ziel, niemanden wegzuschicken. Nun müssen sie auch beim Thema Inklusion stärker herausgefordert werden und selbst aktiv werden. Sie bringen dafür beste Voraussetzungen mit, u. a. gerade deswegen, weil sie sehr viel bürgerschaftliches Potential mobilisieren. Ihre Nähe zu Initiativen und ihre Fähigkeit, ehrenamtliche Mitarbeiter für neue Aufgaben zu begeistern, gehört zu ihren großen Stärken. Inklusion ohne Mitwirkung und Beteiligung der Bürger ist nicht denkbar.

*Aus: Rundbrief 2.2009, Verband für sozial-kulturelle Arbeit e. V.*



# *Nachbarschaften stärken*

*Vortrag auf der Fachtagung Unterstütztes Wohnen III „Nachbarschaft 2020“ am 23. Oktober 2012 im Rathaus Schöneberg, Berlin*

Ich spreche hier heute auch in meiner Funktion als Vorsitzender des Verbandes für sozial-kulturelle Arbeit, der sich früher einmal „Verband Deutscher Nachbarschaftsheimen“ nannte, heute allein in Berlin rund 40 Nachbarschafts- und Stadtteilzentren organisiert und bundesweit etwa noch mal so viel. Meinen beruflichen Erfahrungshorizont für Nachbarschaftsarbeit habe ich als Geschäftsführer des Nachbarschaftsheimen Schöneberg gewonnen und zu meinem Glück im Laufe der Jahrzehnte erkennen und erfahren dürfen, welche Potenziale, welche Kreativität und welche Verantwortung Nachbarschaften zu mobilisieren imstande sind.

Wenn dem so ist, dann – so könnte man jedenfalls schlussfolgern – muss sich soziale Arbeit als Profession und in ihrer institutionalisierten Form ja nicht darum kümmern. Tatsächlich gibt es Gesellschaftsmodelle, in denen das so gesehen wird und vor allem staatliche Intervention sogar mit großem Misstrauen belegt ist. Das bekannteste Beispiel dafür sind die Vereinigten Staaten von Amerika. Natürlich gibt es auch dort staatliche und kommunale soziale Intervention. Aber mehr als bei uns haben dort nachbarschaftliche, also lokale Unterstützungs- und Organisationsformen eine lange Tradition, und mehr als bei uns ist das Zusammenwirken von Institutionen und Bürgern, also von professioneller sozialer Arbeit und bürgerschaftlichem Engagement, also ehrenamtliche Mitarbeit und Mitgestaltung selbstverständlich. Kein Wunder, dass die deutschen Nachbarschaftszentren als die institutionalisierte Form der Nachbarschaftsarbeit ihren Weg aus den angelsächsischen Ländern zu uns gefunden haben: in den Jahren vor und nach dem Ersten Weltkrieg und dann noch einmal, nach dem Verbot ab 1933, in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg.

*In welcher Situation oder gesellschaftlichen Phase befinden wir uns heute?*

Heute können wir bei uns auf eine Entwicklung zurückblicken, die gesellschaftlich, politisch und strukturell geradezu lehrbuchhaft Wechselwirkungen und Bedingungen aufzeigt, wie sich Nachbarschaften bilden und entwickeln und wie offene Gesellschaften sich selbst regulieren und Antworten auf anstehende Aufgaben finden. In einem Satz zusammengefasst: wie sich eine Zivilgesellschaft herausbildet.

Ich glaube, dass wir – erstmals in der Geschichte Deutschlands – tatsächlich von einer entwickelten Zivilgesellschaft sprechen können und damit, nebenher bemerkt, auch von einer entwickelten demokratischen Gesellschaft, in der die Bürger ihren Gestaltungswillen nicht einfach nur alle vier oder fünf Jahre an der Wahlurne abgeben, sondern auf vielen Feldern unmittelbar „mitmischen“, nicht immer zur Freude von Verwaltungen, Institutionen oder politisch Verantwortlichen.

Erinnern wir uns: Der Weg dorthin führte über die Studentenbewegung, die Bürger- und Selbsthilfeinitiativen, die Gesundheits- und Umweltbewegungen, die Einforderung von Beteiligung an Planungs- und Umbauprozessen, das Engagement und Interesse für lebenswerte Städte, für gute Schulen und Kindertagesstätten, für die Pflege zu Hause und in Wohngemeinschaften. Er führte auch über die Erprobung unendlich vieler Formen des Protestes, die Einforderung von Beteiligung und die Bekundung eigenen Gestaltungswillens dorthin, wo wir uns heute – in meinen Augen zum Glück – befinden: in eine Gesellschaft, in der sich Bürger für ihr eigenes und für das Leben in ihrer Nachbarschaft verantwortlich und mitverantwortlich fühlen.

Wir spüren das, um einige Beispiele aus den Erfahrungen des Nachbarschaftsheimis Schöneberg zu erwähnen, etwa daran

- dass es seit zehn Jahren eine ehrenamtlich gestaltete, redaktionell unabhängige Stadtteilzeitung mit einer monatlichen Auflage von 10 000 Stück gibt, die aufmerksam registriert, was in der Region vor sich geht,
- dass das vielseitige und anspruchsvolle Programm unseres Kulturcafés wesentlich von einer Gruppe Ehrenamtlicher bestimmt und gestaltet wird,

- dass sich in den verschiedenen Besuchsdiensten und Hospizdiensten des Nachbarschaftsheims mehr als 120 Personen aller Altersgruppen engagieren,
- dass sich 600 ehrenamtliche, gerichtlich bestellte Betreuer um Menschen kümmern, die ihre Angelegenheiten nicht mehr alleine regeln können,
- dass rund 150 Studenten als Schülerpaten in Familien arabischer Herkunft tätig sind,
- dass rund 80 Senioren als Singepaten Woche für Woche in einem Teil unserer Kitas aktiv sind,
- dass eine Gruppe Ehrenamtlicher Spendenmittel einwirbt und ausgibt, um „Kinderchancen“ zu verbessern,
- dass zahlreiche Gruppen sich unter unserem Dach engagieren, um gemeinsam Freizeitaktivitäten zu gestalten, und andere sich als Initiativen um städtebauliche Angelegenheiten und um Wohnumfeldverbesserungen kümmern.

*Das alles gibt es natürlich nicht nur bei uns, sondern berlin- und bundesweit, und immer stärker auch mit selbstorganisatorischen Impulsen untermsetzt.*

Bürgerplattformen beispielsweise versuchen, ganzen Stadtteilen eine Zukunft zu geben, und selbst die Presse kommt in dieser Stadt nicht umhin, extra Seiten und Rubriken für Initiativen und Ehrenamtliches zu präsentieren. Gerne unterstützen sie Aktionen wie „Saubere Stadt“, das Bemühen um ansprechende Plätze, und registrieren so das wachsende Interesse der Bürger an ihrem Wohnumfeld. Bürgerengagement ist also Teil des öffentlichen Lebens in dieser Stadt und in unserer Nachbarschaft geworden und die Nachbarschaft als Wohnumfeld in den Fokus des Interesses gerückt.

Auch Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften bemühen sich um das Gemeinschaftsleben ihrer Mieter und Mitglieder, schaffen Treffpunkte, stellen Sozialarbeiter ein oder kooperieren auf dem Gebiet der Gemeinwesenarbeit mit erfahrenen Trägern sozialer Arbeit oder bemühen sich zum Beispiel in Zusammenarbeit mit der Netzwerkagentur GenerationenWohnen um die Etablierung neuer Wohnformen, wie überhaupt die Etablierung „sozialer Nachbarschaften“ durch selbstorganisierte Wohnformen zu einem wohnungspolitischen Thema geworden ist.

Im sozialarbeiterischen Fachjargon sprechen wir heute ganz selbstverständlich von „Lebensweltorientierung“, rücken den Sozialraum in den Fokus, vernetzen uns. Wir sprechen von den Potenzialen der „Klienten“ und versuchen, Familie, Freunde und Nachbarschaft in Hilfeprozesse zu integrieren. Dem Engagement der Bürger steht also zumindest in Ansätzen eine Fachwelt gegenüber, die erkannt hat, dass professionalisierte Hilfeeinstrumente und Methoden wirksamer sind, wenn ihnen eine begleitende, tragende und stützende Gemeinschaft zur Seite steht oder vielleicht sogar die Initiative übernimmt. Diese Erkenntnis der Fachwelt wird von einigen Umständen begünstigt oder befördert:

- Wir verfügen über einen überinstitutionalisierten Staat, der die außergewöhnlich komplexen Anforderungen unserer hochdifferenzierten Gesellschaft nicht mehr bewältigen kann und sich zudem finanziell übernommen hat, was wir in dieser Stadt im Alltag schmerzlich zu spüren bekommen.
- Die seit Jahren anhaltende Finanzkrise der öffentlichen Hand lässt offensichtlich werden, dass zivilgesellschaftliches Engagement zur Aufgabenbewältigung benötigt wird, weil Probleme eben nicht mehr nur mit immer mehr Geld gedeckelt werden können und gemeinschaftsfördernde und -stützende Aktivitäten eben auch den aktiven Bürger brauchen.
- Diesen Bürger gibt es tatsächlich. Denn soziologisch gesehen verfügen wir über eine gut ausgebildete, mit vergleichsweise viel Freizeit ausgestattete und auch finanziell im Allgemeinen gut situierte Bürgerschaft, die bereit ist, Verantwortung zu übernehmen und weiß und inzwischen gelernt hat, was bürgerschaftliches Engagement alles in Bewegung zu setzen vermag.

Aus meiner beruflichen Erfahrung heraus glaube ich zu wissen, dass gesellschaftliche Innovation immer von Bürgern ausgeht. Bürger erkennen, sehen, spüren – lange vor zuständigen Institutionen und zumeist, bevor „Fachleute“ oder Politik aufmerksam werden –, wenn sich in unserer Gesellschaft Unstimmigkeiten auftun, wenn Probleme sich häufen, tradierte Handlungsweisen über Bord geworfen werden müssen und Institutionen ihren Aufgaben nicht mehr gerecht werden.

Und immer dann, wenn der „Problemstau“ zu groß geworden ist, bilden sich Initiativen, Gruppen und Bewegungen, die daraus Schlussfolgerungen ziehen und Verbesserungen und Veränderungen einfordern, selbst aktiv werden, neue Kulturen der Unterstützung und neue Arbeitsformen entwickeln und so dazu beitragen, notwendige gesellschaftliche Veränderungsprozesse in Gang zu setzen.

- Ein gutes Beispiel ist dafür die Integration Behinderter, wie sie genannt wurde, bevor das weiterreichende Ziel der Inklusion gesetzt wurde. Es waren die Eltern, die ihre Kinder vor einer fachlich begründeten Ausgrenzung bewahren wollten und die ersten Integrationskindertagesstätten forderten und gründeten. Es waren die Eltern, die dafür gekämpft haben, dass die Schulen sich für Integrationskinder öffnen, und es sind heute wieder die Eltern, die dafür kämpfen, dass für ihre Kinder auch im Jugendalter und im Erwachsenenleben etwa Jugendfreizeiteinrichtungen und Betriebe sich der Inklusionsaufgabe stellen – was übrigens erst dann funktionieren wird, wenn den Betroffenen die dafür benötigten finanziellen Mittel zur eigenen Verwendung buchstäblich in die Hand gegeben werden und eine ehrenamtliche Unterstützungs- und Entlastungsstruktur auch für Angehörige (vergleichbar der, wie sie beispielsweise im Rahmen der Pflegeversicherung schon existiert) geschaffen werden kann.
- Ein zweites Beispiel ist die Hospizbewegung, die das Sterben wieder in den Lebensalltag zurückgebracht hat und, neben dem Aufbau eigener Foren und Institutionen, dazu beitrug, dass sich Krankenhäuser, Pflegeheime und ambulante Pflege veränderten und Ärzte lernten, dass es eine Aufgabe sein kann, ja ist, Menschen in den letzten Tagen vor dem Tod zu begleiten.
- Ein drittes Beispiel: Seit die Bürger sehen, dass viele Schulen große Probleme haben, ihren Schülern umfassend gerecht zu werden, engagieren sie sich in großem Maße in Schulen und für Schüler – sie wissen, wie wichtig eine erfolgreiche Schulbildung für die Zukunft eines jeden Kindes ist. Diese Unterstützung funktioniert umso besser, je offener und bereiter eine Schule für diese Form der „Schülerhilfe“ ist.

*Damit leite ich über zu dem, was im Rahmen von „Nachbarschaften stärken“ von größter Bedeutung ist: die Schaffung der institutionellen Voraussetzungen.*

Zunächst: Notwendig ist die Bereitschaft der Institutionen, sich für ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement zu öffnen. Sie müssen bereit sein, mit den Bürgern „Bündnisse für soziale Nachbarschaften“ zu schließen, und ihre Einrichtungen und die dort tätigen Mitarbeiter motivieren und befähigen, sich ihrem Umfeld – auch über ihre Zuständigkeiten hinaus – zu öffnen.

Die Tempelhof-Schöneberger Gesundheitsstadträtin Frau Dr. Klotz hat recht, wenn sie den Wunsch äußert, dass die Kita und vielleicht auch Schule von nebenan auch als Mittagstisch für Senioren fungieren könnten. Ich bin bescheidener: Ich freue mich schon, wenn sich die Senioren auf einer Bank im Garten der Kita aufhalten dürfen und eingeladen werden, die eine oder andere Aktivität mitzugestalten, oder wenn interessierte Nachbarn eingeladen wären, in der Schule als Assistenten die Lehrer zu unterstützen.

Wir machen jedenfalls in unseren Kitas die Erfahrung, dass sie es mittlerweile als Bereicherung empfinden, wenn sie regelmäßig das benachbarte Pflegeheim oder die Tagespflegeeinrichtung besuchen, und manche Kitas bemühen sich inzwischen, Partnerschaften zu benachbarten Seniorenfreizeiteinrichtungen aufzubauen beziehungsweise haben diese schon etablieren können. Ich bin der festen Überzeugung, dass soziale Kontakte, gerade über Altersgrenzen und ursprüngliche Aufgabenstellungen hinweg, bereichernd sind und sehr zum Wohlbefinden beitragen. Ja, ich bin sogar der festen Meinung, dass die „Herstellung“ sozialer Gemeinschaften manchen sonstigen Mangel ausgleichen kann. Damit will ich ausdrücken, dass auch heute schon jede Institution ihren Beitrag zu einer verbesserten Nachbarschaft leisten kann, indem sie einfach ihre Einstellung ändert, ihr Zuständigkeitsdenken relativiert und sich Gedanken darüber macht, was ihr Beitrag zur Stärkung nachbarschaftlicher Beziehungen sein könnte. Natürlich ist das nicht ausreichend. Wir brauchen heute eine soziale Infrastruktur, die die Aufgabe hat, Brücken zu schlagen, Gemeinschaft zu initiieren, Generationen zu verbinden, Initiativen und Potenziale zu fördern. Das sind in Berlin und im Bundesgebiet die Nachbarschaftshäuser, Stadtteilzentren, Bürger-

häuser, Selbsthilfekontaktstellen und neuerdings auch die Mehrgenerationenhäuser des Bundesmodellprogramms, von denen in der ganzen Republik inzwischen rund 600 existieren. Das kann die Weiterentwicklung und Öffnung von Seniorentagesstätten oder Jugendfreizeitheimen zu Familienzentren sein und die Öffnung von Kindertagesstätten und Schulen in die Nachbarschaft. Jede größere Nachbarschaft, jeder Stadtteil, jeder Sozialraum benötigt heute Orte, an denen Menschen zusammenkommen können, sich treffen und organisieren dürfen, in denen sie selbst aktiv werden können, aber auch Auskunft und Unterstützung für gewünschte Engagementformen erhalten.

Diese Institutionen müssen genau mit dem Zweck „Nachbarschaft stärken“ gefördert werden und sie dürfen auf keinen Fall ihre Besucher und ihre Akteure zu „Klienten“ machen (müssen). Das wertvollste Gut ist ihre Freiheit, für und mit den Bürgern Inhalte und Programme zu entwickeln und zu gestalten. Und die fördernde Politik und eine hoffentlich dienende Verwaltung müssen wissen, dass diese Freiheit die Voraussetzung für Erfolg und Attraktivität ist. Auftraggeber dieser Institutionen sollen die Bürger selbst sein. Politik und Verwaltung können darauf vertrauen, dass (fast alles), was Bürger in die Hand nehmen, Hand und Fuß hat, innovativ und transparent ist und erreicht, was wir alle brauchen: Gemeinschaft und gute Nachbarschaft.

### *Ausblick*

Vor kurzem stand in der ZEIT ein großer, lesenswerter Artikel, interessanterweise im Wirtschaftsteil, über das „Netzwerk nebenan“ mit dem Untertitel: Wo Familien und Vereine nicht mehr funktionieren, wird die Nachbarschaft neu entdeckt. Kann die Hilfsbereitschaft soziale Dienste ersetzen?“ – Natürlich nicht, aber ohne nachbarschaftliche Hilfsbereitschaft bleiben viele soziale Dienste Makulatur. Wie also kann es weitergehen?

Kommunen und Staat sind immer weniger in der Lage, ihre selbst gestellten und die gesellschaftlich erforderlichen Aufgaben zu erfüllen, Familien- und Sozialstrukturen bleiben fragil, während die Engagementbereitschaft der Bürger und das Interesse an der Mitgestaltung des

Wohnumfeldes und der sozialen Infrastruktur erkennbar hoch und noch im Ansteigen begriffen sind.

Also kommt es darauf an, dieses Interesse an Eigenverantwortung von Nachbarschaften und die damit verbundene Gemeinschaftsfähigkeit zu stärken und die jeweiligen Ressourcen und Potenziale zu nutzen. Unter anderem auch durch die Begründung von regionalen Partnerschaften und Kooperationen aller in einem Stadtteil sowie die Bündelung der professionellen Potentiale. Das sind wir unseren Bürgern schuldig: dass auch wir Nachbarschaften bilden, um Nachbarschaft zu stärken.





**Georg Zinner** (1948–2014) war Bankkaufmann, Diplom-Sozialarbeiter und Diplom-Soziologe. Nach Berufserfahrungen in der behördlichen Sozialarbeit wurde er 1978 Geschäftsführer des Nachbarschaftsheim's Schöneberg, das er in mehr als 35-jähriger Tätigkeit zu einem der größten sozialen Unternehmen in Berlin entwickelte. Gleichzeitig engagierte er sich in den Jahren 1974 bis 1985 als Lehrbeauftragter im Bereich Theorie und Praxis der Sozialarbeit an der Alice-Salomon-Fachhochschule Berlin. Neben dieser Tätigkeit war Georg Zinner ehrenamtlich seit 1979 im Vorstand des Paritätischen Berlin, lange Jahre davon als Vorsitzender. Im Paritätischen Gesamtverband wirkte er zwischen 1987 und 2003 in verschiedenen Funktionen, im Vorstand, im Beirat, in der Paritätischen Akademie. Seit 2001 war er Mitglied im Vorstand des Verbandes für sozial-kulturelle Arbeit, dem Dachverband für Nachbarschafts- und Stadtteilzentren, und übernahm 2005 dessen Vorsitz.